

Stand: 12.03.2026 12:08:04

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/9855

"Anerkennung für unsere Leistungsträger - Schluss mit der Beleidigung von Arbeitnehmern!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/9855 vom 04.02.2026
2. Beschluss des Plenums 19/9898 vom 05.02.2026
3. Plenarprotokoll Nr. 69 vom 05.02.2026



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

Anerkennung für unsere Leistungsträger – Schluss mit der Beleidigung von Arbeitnehmern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag kritisiert die jüngsten Aussagen von Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bundeskanzler Friedrich Merz gegenüber Leistungsträgern, die aus Sicht des Landtags den Eindruck erwecken, die Arbeitnehmer seien faul, müssten mehr arbeiten und trügen die Verantwortung für das fehlende Wirtschaftswachstum. Der Landtag sieht die Ursache für die schwache wirtschaftliche Entwicklung vielmehr in der falschen Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene.

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- sich auf Bundes- und EU-Ebene für eine deutliche Senkung der Steuer- und Abgabenlast auf Arbeit einzusetzen,
- sich auf allen Ebenen für eine drastische Reduzierung der Bürokratiebelastung, insbesondere der Informations- und Berichtspflichten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber, einzusetzen,
- auf Bundesebene dafür zu sorgen, dass das Lohnabstandsgebot zwischen geringfügig entlohnter Arbeit und Bürgergeld spürbar erhöht wird – insbesondere zugunsten von Familien,
- sich in Bayern für die flächendeckende Umsetzung der Arbeitspflicht für asylsuchende Personen einzusetzen,
- bis zum Ende der Legislaturperiode den Verwaltungsapparat der Staatsregierung in den Bereichen Verwaltung und politische Führung um 25 Prozent zu reduzieren.

Begründung:

Das deutsche Bruttoinlandsprodukt ist von 2019 bis 2026 kumulativ um lediglich 0,2 Prozent gewachsen, was im internationalen Vergleich eine alarmierende Stagnation darstellt. Im Gegensatz dazu erreichte das kumulierte Wirtschaftswachstum im Vereinigten Königreich trotz der angeblichen Brexit-Herausforderungen 5,5 Prozent und in den USA sogar 15 Prozent (Destatis, World Bank, 2026).

Ministerpräsident Dr. Markus Söder (CSU) und Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) haben in öffentlichen Äußerungen die arbeitende deutsche Bevölkerung für das fehlende Wirtschaftswachstum verantwortlich gemacht. Der Ministerpräsident forderte, dass Arbeitnehmer in Deutschland im Durchschnitt eine Stunde mehr pro Woche arbeiten sollten, da dies seiner Ansicht nach spürbares Wachstum erzeugen würde und für die Beschäftigten zumutbar sei. Er stellte diese Forderung in den Kontext einer allgemeinen Kritik an einer nachlassenden Arbeitsbereitschaft und plädierte zudem für die

Einführung eines Karenztags, bei dem Arbeitnehmer am ersten Krankheitstag keinen Lohn erhalten, um kurzfristige Krankmeldungen zu reduzieren. Er mahnte die Bundesregierung zur zügigen Umsetzung solcher Reformen (Apollo News, 02.02.2026). Der Bundeskanzler stellte die Arbeitsmoral der Deutschen infrage, indem er beklagte, die Arbeitsleistung der Volkswirtschaft sei nicht hoch genug, und implizierte damit eine zu geringe Leistung der Menschen (WirtschaftsWoche, 19.01.2026). Solche Aussagen ignorieren die strukturellen Ursachen des Wachstumsmangels und lenken von politischen Fehlentscheidungen ab.

In der Tat arbeiten Deutsche im EU-Vergleich durchschnittlich einige Stunden weniger, nämlich 33,2 Stunden pro Woche, im Gegensatz zu beispielsweise 38,7 Stunden in Bulgarien (Eurostat, 2025). Dies liegt jedoch nicht an mangelndem Fleiß oder einer angeblich schlechteren Arbeitsmoral, wie Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bundeskanzler Friedrich Merz insinuierten, sondern überwiegend an der deutlich höheren Produktivität pro Arbeitsstunde in Deutschland, das noch immer zu den europäischen Vorreitern zählt. Zugleich tragen der hohe Anteil an Teilzeitarbeit sowie Altersteilzeit- und Übergangsmodelle, die politisch ausdrücklich gefördert wurden, erheblich dazu bei, dass das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen anders verteilt ist, ohne dass dies Rückschlüsse auf die individuelle Leistungsbereitschaft der Arbeitnehmer zulässt (OECD, 2025). Die höhere Produktivität speist sich hauptsächlich aus einem umfangreicheren Anlagevermögen mit mehr Maschinen, Fabriken und stärkerer Digitalisierung. Dennoch führen politische Fehlentscheidungen der regierenden Parteien wie CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Die Linke – insbesondere die grüne Dekarbonisierungspolitik, einschließlich Energiewende, Klimatransformation und Russland-Sanktionen – dazu, dass deutsche Unternehmen mehr Anlagevermögen abschreiben, als sie neu aufbauen. Seit den Jahren 2016 bis 2019 werden weniger oder gar keine neuen Fabriken gebaut, das Anlagevermögen in der nichtwohnungswirtschaftlichen Bauindustrie sinkt, und bei Ausrüstungen stagniert es. Real betrachtet investieren deutsche Unternehmen nicht mehr: Die Bruttoinvestitionen sanken preisbereinigt von 910 Mrd. Euro im Jahr 2022 auf 855 Mrd. Euro im Jahr 2024 – ein Trend, der auch bei Mittelständlern zu beobachten ist (Destatis, KfW; 2025).

Zudem hat die Politik der genannten Regierungsparteien Arbeit immer weniger attraktiv gemacht, obwohl die Deutschen durchaus zu höheren Arbeitsleistungen bereit und in der Lage wären.

Erstens belasten zu hohe Steuern und Abgaben auf Arbeit die Beschäftigten erheblich: Für einen alleinstehenden Arbeitnehmer ohne Kinder mit durchschnittlichem Einkommen lag der Steuer- und Abgabenanteil im Jahr 2024 bei 47,9 Prozent der Arbeitskosten, was bedeutet, dass fast die Hälfte des Bruttolohns in Steuern und Sozialabgaben fließt. Deutschland belegte damit den zweiten Platz unter den 38 OECD-Staaten (OECD = Organisation for Economic Co-operation and Development) (OECD, 2025).

Zweitens verschärft die hohe Bürokratiebelastung das Problem: Jeder Beschäftigte bringt mindestens einen Arbeitstag pro Woche mit Berichts- und Dokumentationspflichten. Beschäftigte ohne Führungsverantwortung wenden durchschnittlich 23 Prozent ihrer Arbeitszeit dafür auf, Führungskräfte rund 30 Prozent. Zwischen 2022 und 2025 mussten Betriebe rund 325 000 zusätzliche Mitarbeiter einstellen, um neue gesetzliche Anforderungen zu erfüllen – Arbeitskräfte, die keine Wertschöpfung erzeugen, sondern sich mit unnötigem Papierkram beschäftigen (IW Köln, 2025).

Drittens verringert das Bürgergeld die Attraktivität von Arbeit: Ein durchschnittlicher Arbeitnehmer in München mit Mindestlohn und 40 Wochenstunden verfügt nach Abzug der Wohnkosten über ein Nettoeinkommen, das lediglich 379 Euro pro Monat höher ist als das eines vergleichbaren Bürgergeldempfängers, der nicht arbeitet und zudem seine Unterkunftskosten erstattet bekommt (WSI, 2025).

Es ist äußerst ungerecht, dass Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Bundeskanzler Friedrich Merz von den deutschen Arbeitnehmern höhere Leistung verlangen, während seit 2015 eine erhebliche Zuwanderung in das deutsche Sozialsystem erfolgt, die dazu führte, dass viele Zugewanderte nicht arbeiten, aber Sozialleistungen beziehen. Unter dieser Situation leiden nicht nur deutsche Arbeitnehmer, sondern auch Migranten, die legal eingereist sind, sich integriert haben und einen positiven Nettobeitrag für Fiskus, Wirtschaft und Gesellschaft leisten.

Im Jahr 2025 waren 48 Prozent aller Bürgergeldempfänger ausländische Staatsbürger, und 64 Prozent aller Bürgergeldempfänger hatten einen Migrationshintergrund. Im Dezember 2025 lag die Beschäftigungsquote von Personen aus den Asylherkunftsländern bei nur 50,2 Prozent, die Arbeitslosenquote bei 27 Prozent und die Bürgergeldquote bei 41,3 Prozent. Bei Personen aus der Ukraine betrug die Beschäftigungsquote 37,4 Prozent, die Arbeitslosenquote 38,2 Prozent und die Bürgergeldquote 53,8 Prozent (IAB Zuwanderungsmonitor, 2026). Im Vergleich dazu lag im Jahr 2024 die Arbeitslosenquote von Deutschen ohne Migrationshintergrund bei nur 2,3 Prozent (Destatis, Mikrozensus 2024).

Parallel zu dieser Fehlentwicklung bei Zugewanderten, die aufgrund illegaler Einreise oder Straffälligkeit rückgeführt werden sollten oder bei legalem Aufenthaltsstatus in den Arbeitsmarkt integriert werden müssen, hat der Freistaat in den letzten Jahren seinen Verwaltungsapparat stark aufgebläht und damit Arbeitskräfte dem freien Markt entzogen. Es wäre deutlich vorteilhafter, wenn diese Ressourcen der Privatwirtschaft zur Verfügung stünden. Zwischen 2013 und 2023 stieg die Zahl der Staatsbediensteten im Kernhaushalt von 174 000 auf 222 000 – ein Plus von 48 000 Stellen beziehungsweise 27 Prozent –, obwohl Ministerpräsident Dr. Markus Söder ursprünglich Stellen abbauen wollte (Drucksache 19/8949). Statt die Verwaltung zu verschlanken, sollen laut Haushaltsplan 2026/2027 sogar rund 2 700 neue Stellen geschaffen werden, was ein klares Indiz für ineffiziente Staatsführung ist.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Florian Köhler, Oskar Lipp, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 19/9855

**Anerkennung für unsere Leistungsträger –
Schluss mit der Beleidigung von Arbeitnehmern!**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Johannes Meier

Abg. Dr. Alexander Dietrich

Abg. Oskar Lipp

Abg. Stephanie Schuhknecht

Abg. Anton Rittel

Abg. Arif Taşdelen

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur Beratung rufe ich nun noch auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)

Anerkennung für unsere Leistungsträger - Schluss mit der Beleidigung von Arbeitnehmern! (Drs. 19/9855)

Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Johannes Meier von der AfD das Wort.

(Beifall bei der AfD)

Johannes Meier (AfD): Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren! Eine Abwesenheitsquote von fast 70 % im Bayerischen Landtag und die Teilnahme an nur einer einzigen von 45 namentlichen Abstimmungen – eine solche Arbeitseinstellung kann ganz sicher nicht von jemandem stammen, der sich selbst als Leistungsträger versteht. Ausgerechnet diese Person fordert nun eine Stunde mehr Arbeit pro Woche und einen Karenztag ohne Lohn am ersten Krankheitstag. Herr Ministerpräsident ist leider wieder nicht zugegen. Als Führungskraft sollte man sich seiner Vorbildfunktion doch eigentlich bewusst sein. Ich bin durchaus dankbar, dass die fleißigen Menschen im Freistaat Bayern sich nicht an Markus Söder orientieren.

(Beifall bei der AfD)

Unser heutiger Dringlichkeitsantrag trägt daher auch den Titel "Anerkennung für unsere Leistungsträger – Schluss mit der Beleidigung von Arbeitnehmern!" Das Bruttoinlandsprodukt ist von 2019 bis 2026 kumulativ lediglich um 0,2 % gewachsen, und das ist natürlich ein höchst alarmierender Wert. Zum Vergleich: Das Vereinigte Königreich wuchs nach dem Brexit um 5,5 %, die USA sogar um beeindruckende 15 %. Natürlich müssen hier Maßnahmen ergriffen werden, um die Wirtschaft anzukurbeln. Natürlich

müssen hier auch Maßnahmen ergriffen werden, um wieder Arbeitsanreize zu schaffen.

Doch wo liegen denn die Ursachen für fehlende Arbeitsanreize? – Aus unserer Sicht sind das die hohen Steuern, eine überbordende Bürokratie und auch ein wirklich ungerechtes Bürgergeldsystem. Die schaffen wahrlich keine Freude mehr an Arbeit und Leistung. So hatten Arbeitnehmer mit Mindestlohn in dem Sektor und nach 40-Stunden-Woche nach Abzug der Wohnkosten lediglich 300 bis vielleicht 380 Euro mehr im Monat als ein vergleichbarer Bürgergeldempfänger, der nicht arbeitet und dessen Unterkunftskosten vollständig übernommen werden. Deswegen fordern wir – eine Kernforderung in unserem Antrag – die Staatsregierung dazu auf, dass das Lohnabstandsgebot zwischen gering entlohnter Arbeit und Bürgergeld spürbar erhöht wird.

Jetzt nenne ich noch ein Beispiel aus der Praxis: Wir waren letztes bei einer Betriebsbesichtigung. Es war ein Bäckereibetrieb, und da wurden die Auszubildenden geehrt. Das sind immer schöne Momente, und da erfährt man auch einmal wieder, was denn die Leute beim Berufseinstieg ungefähr verdienen. Das war ein junger Familienvater mit circa 2.400 Euro brutto. Da bleiben 1.700 Euro netto übrig. Er hat zwei Kinder und die Frau zu Hause. Liebe Kollegen von der SPD, die ist freiwillig zu Hause geblieben. Das macht mit Kindergeld ein Nettoeinkommen von knapp 2.200 Euro für eine Familie mit Leistungsträger. Ziehen wir jetzt die Warmmiete der Wohnung, dann noch die Kosten für den Kindergarten für ein Kind von beiden ab, dann bleiben 1.000 Euro, vielleicht 1.100 Euro übrig. Das ist dann das Geld für Lebensmittel, für Internet, für Kindergeburtstage, für Freizeit, wenn überhaupt möglich. Da bleibt wahrlich nicht viel finanzieller Spielraum.

Deswegen besteht die zweite Kernforderung in unserem Antrag in einer deutlichen Senkung der Steuer- und Abgabenlast auch auf Arbeit, sodass die Leistungsträger endlich wieder mehr Luft zum Atmen haben.

(Beifall bei der AfD)

Wenn wir über soziale Ungerechtigkeit sprechen, dann ist ein Thema ganz wichtig: Im Jahr 2025 waren fast 50 % aller Bürgergeldempfänger Ausländer, fast zwei Drittel hatten einen Migrationshintergrund. Im Dezember 2025 lag die Beschäftigungsquote von Personen aus den Asylherkunftsländern bei gerade einmal 50 %.

Das führt uns zu einer weiteren Forderung unseres Antrages, und zwar dem konsequenten Heranziehen von Leistungsberechtigten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zu gemeinnütziger Arbeit und auch eine konsequente Leistungskürzung bei Verweigerungen. Das bayerische Innenministerium hat hierzu sogar einen Leitfaden herausgegeben, damit dies konsequenter umgesetzt wird.

Bundeskanzler Merz, aber auch Ministerpräsident Söder fordern mehr Leistung ausgerechnet von den Menschen, die ohnehin jeden Tag schon sehr viel Leistung bringen. Gleichzeitig zeigen sie aber wenig bis gar kein Interesse, die Leistungen von jenen einzufordern, die unser Land und unser Sozialsystem seit mindestens 2015 ausnutzen. Da sagen wir ganz klar: Hier ist die Grenze erreicht. Schluss damit! Wir fordern endlich echte Gerechtigkeit für unsere Leistungsträger.

(Beifall bei der AfD)

An dieser Stelle möchte ich mich auch im Namen der AfD-Fraktion ehrlich bedanken, zum Beispiel bei der Reinigungskraft, die – oft für alle selbstverständlich und ungesehen – dafür sorgt, dass in der Früh das Büro oder die Schule wieder sauber ist. Wir möchten uns bei dem Bäcker, wie vorhin erwähnt, bedanken, dass er in der Früh, nachts um eins oder um zwei, aufsteht, damit die Pendler am Morgen mit Lebensmitteln versorgt sind, und wir bedanken uns natürlich auch beim Kinderarzt, der den Eltern die Sorgen um die Gesundheit ihrer Kinder nimmt. Ein ganz herzliches Dankeschön gilt allen Leistungsträgern im Freistaat Bayern. Sie verdienen wahrlich eine Politik der Wertschätzung, der Anerkennung – egal, ob auf Bundes-, auf Landes- oder kommunaler Ebene. Daher bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Dr. Alexander Dietrich für die CSU-Fraktion.

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Meier, wenn Sie hier jetzt Leistung mit Anwesenheit im Parlament gleichsetzen, muss ich Ihnen schon entgegenhalten: Die Anwesenheit im Parlament bei Ihren Reden und bei Ihren Anträgen ist keine Leistung, sondern bestenfalls Mühsal, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Der Titel des Dringlichkeitsantrags klingt zunächst einmal ganz vielversprechend: "Anerkennung für unsere Leistungsträger". – Da sind wir uns natürlich auch im Grundsatz einig: Wer morgens aufsteht, arbeitet, Verantwortung übernimmt, der verdient Respekt und faire Rahmenbedingungen. Das ist selbstverständlich und seit jeher Politik der CSU.

Aber genau deswegen muss man auch sagen: Dieser Antrag ist nicht Anerkennung, er ist typische AfD-Polemik. Er baut zuerst ein Zerrbild auf, die da oben würden Arbeitnehmer als faul beleidigen, und liefert dann einen Forderungskatalog, der vieles behauptet, manches verdreht und am Ende vor allem eins nicht tut: nämlich konkrete Probleme lösen. Kolleginnen und Kollegen, schauen wir auf die politische Realität, und zwar dort, wo sie verbindlich ist:

Erstens. Der Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD im Bund ist ausdrücklich auf Entlastung, Bürokratieabbau und wirtschaftliche Stärke ausgerichtet. Wer ernsthaft behauptet, die Bundesregierung oder die Bayerische Staatsregierung wollten Leistung geringschätzen, ignoriert schon den politischen Grundkonsens dieses Koalitionsvertrags.

Zweitens. Noch konkreter: Der Bund hat am 5. November 2025 ein umfassendes Entlastungspaket zum Bürokratierückbau mit fünfzig Eckpunkten als Grundlage für weitere Schritte beschlossen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist nicht Polemik oder Populismus. Das ist Regierungshandeln. Genauso arbeitet man an den Rahmenbedingungen für Leistung: nicht mit Alarmrufen, sondern mit praxistauglichen Änderungen.

Drittens. Auch in Bayern wird das Thema Bürokratieabbau nicht gepredigt, sondern umgesetzt. Die Bayerische Staatsregierung betreibt Bürokratieabbau mit Nachdruck, vor allem im Vierten Modernisierungsgesetz durch weniger Berichts-, Auskunft- und Statistikpflichten. Mit dem Vierten Modernisierungsgesetz Bayern, das wir gerade im parlamentarischen Verfahren haben, sollen über dreißig landesrechtliche Berichts- und Evaluationspflichten entfallen. Mit dem Zweiten Modernisierungsgesetz, das seit dem 1. Januar 2025 in Kraft ist, wurde bereits ein Statistikmoratorium eingeführt und wurden rein administrativ eingeführte Statistiken beendet.

Weil der Großteil der Belastungen aber aus Bundes- und EU-Recht kommt, hat Bayern in der am 4. Dezember beschlossenen Föderalen Modernisierungsagenda durchgesetzt, dass mindestens ein Drittel der Pflichten für die Wirtschaft abgebaut werden soll. Erste Schritte bis zum 30. Juni 2026 betreffen unter anderem Entlastungen für Kleinbetriebe sowie Agrar-, Umwelt- und Hochbaustatistik. Bayern bleibt dran, meine Damen und Herren, in München, Berlin und Brüssel.

(Beifall bei der CSU)

Das ist der entscheidende Punkt. Anerkennung für Leistungsträger bedeutet, dass Politik nicht heiße Luft in Debatten produziert, sondern die Stellschrauben Steuern, Abgaben, Verfahren und Arbeitskosten dreht. Das passiert. Dabei müssen wir uns um alle Standortfaktoren kümmern. Deswegen hat unser Ministerpräsident Markus Söder völlig zu Recht die Frage gestellt, ob wir im Hinblick auf die Arbeitszeit im europäischen und internationalen Vergleich noch wettbewerbsfähig sind. Diese Debatte ist

notwendig, und zwar jetzt. Dabei sage ich auch: Wir setzen klar auf Anreize und nicht auf Pflicht. Wir wollen Vollzeitarbeit und Mehrarbeit attraktiver machen.

Jetzt zur AfD und zum Kernproblem dieses Antrags: Die AfD tut wieder einmal so, als sei das Land in die Fleißigen und die anderen gespalten. Dann wird der alte Reflex gegen Schutzsuchende und Bürgergeldempfänger bedient und das Ganze mit der Arbeitspflicht für Asylsuchende garniert. On top kommt noch die Forderung, die Stellen in der Verwaltung und der Staatsregierung bis zum Ende der Legislaturperiode, also bis 2028, um 25 % zu reduzieren. Das klingt zunächst einmal krawallig, ist aber in der Sache verantwortungslos. Auch wir sind für eine maßvolle Stellenreduzierung, aber mit Vernunft und Verstand und in einem realistischen Zeitraum. Was die AfD hier fordert, ist populistischer Blödsinn, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der SPD)

Zusammengefasst liefert dieser Dringlichkeitsantrag keinen politischen Mehrwert, sondern vor allem Unterstellung, Empörung und letztlich auch Spaltung. Deswegen lehnen wir ihn ab, nicht weil wir gegen Anerkennung wären, sondern weil wir für seriöse, wirksame Politik stehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Lipp, AfD, vor.

Oskar Lipp (AfD): Geschätzter Herr Kollege, zu Ihrer Unterstellung, wir würden gegen Bürgergeldempfänger hetzen: Hier würde ich mich erst einmal an die eigene Nase fassen. Sie sollten einmal die Reden in den letzten Monaten und auch Jahren verfolgen, als Sie noch auf Berlin geschimpft haben. Dazu sage ich jetzt nichts Weiteres, weil es den zeitlichen Rahmen sprengen würde. Ich habe aber eine konkrete Frage: Sie haben gesagt, auf Bundesebene sind Ihre Kollegen im Bundestag. Im Antrag steht auch die Forderung nach steuerlicher Entlastung von Leistungsträgern.

Erstens. Welche konkrete Maßnahme haben Sie auf Bundesebene schon umgesetzt? Sind zum Beispiel Steuern auf Einkommen oder Ähnliches gesenkt worden? Hier ist mir nichts bekannt.

Zweitens. Haben Sie hier als Freistaat Bayern schon eine Bundesratsinitiative – also Bundesrat, der Kollege hat es vorhin falsch verstanden, nicht Bundestags-, sondern Bundesratsinitiative – eingereicht?

Dr. Alexander Dietrich (CSU): Wir haben bereits konkrete Maßnahmen umgesetzt. Ich nenne nur die Pendlerpauschale. Weitere Maßnahmen sind im Koalitionsvertrag genannt und werden auch umgesetzt. Wir haben einen konkreten Plan. Deshalb brauchen wir keine Bundesratsinitiativen aus Bayern. Wir regieren in Berlin mit, und das tun wir, Bund und Land, gemeinsam. Wir machen erfolgreiche Politik für unser Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Dietrich. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Stephanie Schuhknecht für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Stephanie Schuhknecht (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bereits beim Antrag der SPD hat meine Kollegin klargestellt: Die Behauptung, die Deutschen seien faul, ist nicht nur falsch, sie ist dreist, meine Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Fakten sind eindeutig. Die geleisteten Arbeitsstunden sind so hoch wie nie seit der Wende. Wer das ignoriert, zeigt entweder Unwissen oder bösen Willen. Ich weiß nicht, ob Sie das Video gesehen haben, in dem die Wirtschaftsministerin Katherina Reiche im Interview mit Tilo Jung genau das getan hat. Dies wirft meiner Meinung nach Fragen auf, nicht nur zu ihrer Kompetenz, sondern auch zu ihrer Eignung für das Amt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Daher hier noch einmal in aller Deutlichkeit an die Parteien, die auf Bundesebene in der Verantwortung sind: Statt respektlos über Arbeitnehmer:innen zu sprechen, schaffen Sie gute Bedingungen auf Bundesebene! Dafür sind Sie gewählt worden.

Der Antrag der AfD ist – wir haben es schon gehört – wenig überraschend kein Beitrag, um irgendeines dieser Probleme zu lösen. In der Begründung zeigt sich das typische Bild: Diese Partei hat kein Interesse an Lösungen. Stattdessen bedient sie sich der alten, abgedroschenen Strategie der Spaltung, Hetze und Suche nach Sündenböcken. Die AfD leugnet die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Transformation und diffamiert Bürgergeldempfänger:innen, auch wenn Sie das gerade wieder abgestritten haben. Wir wissen aus Studien, dass der Großteil der Menschen, die länger Bürgergeld beziehen, nicht arbeiten können, weil sie krank sind, Angehörige pflegen, Kinder betreuen oder eine Behinderung haben. Hinzu kommt natürlich wieder die Hetze gegen alle, die nicht deutsch sind. So fordern Sie zum Beispiel eine Arbeitspflicht für Menschen im Asylverfahren. Dabei kennen wir so viele Fälle, in denen genau das Gegenteil der Fall ist: Hier fehlt die Arbeitserlaubnis. Dadurch werden Menschen aktiv vom Arbeiten abgehalten.

Was es wirklich braucht, ist Integration von Anfang an, damit die Menschen auch arbeiten können. Dafür stehen wir als GRÜNE.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist doch klar, was jetzt nötig ist: Wir müssen die Transformation der Wirtschaft als das begreifen, was sie ist, nämlich als Chance. Wir müssen Europa als Standort stärken. Gerade in der aktuellen Lage ist das unsere Lebensversicherung. Wir müssen gute Bedingungen am Arbeitsmarkt schaffen und eine schnelle Integration erreichen, damit zugewanderte Menschen hier schnell arbeiten können. Dafür müssen auch bürokratische Hürden wegfallen. Das ist klar. Wir brauchen einen Ausbau der Kinderbetreuung, damit man auch mit Familie schneller arbeiten kann. Last, but not least

dürfen wir uns nicht spalten lassen; denn das Gift, das die Verfassungsfeinde der AfD versprühen und mit dem sie leider längst auch andere anstecken, ist brandgefährlich.

Daher lautet mein Appell an alle im Saal: Hören Sie auf, diese Rhetorik zu übernehmen, und fangen Sie endlich an, Verantwortung für ein Land zu übernehmen, das zusammenhält, statt sich selbst zu zerfleischen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schuhknecht. – Das Wort hat Herr Kollege Anton Rittel für die FREIEN WÄHLER.

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leisten viel, und diese Leistung verdient Anerkennung. Darüber sind wir uns, glaube ich, einig. Entscheidend ist aber, wie man sie stärkt: Nicht, indem man Debatten eskaliert oder Schuld verteilt. Der Antrag greift Aussagen auf, wonach Beschäftigte mehr leisten müssten oder mitverantwortlich für das schwache Wirtschaftswachstum wären. Solche pauschalen Vorwürfe lehnen wir grundsätzlich ab. Die wirtschaftlichen Probleme haben andere Ursachen: hohe Kosten, zu viel Bürokratie, Fachkräftemangel, internationale Krisen – siehe Ukraine-Krieg – oder Handelsprobleme mit den USA.

Der Antrag fordert Entlastungen bei Steuern und Abgaben auf Arbeit. Dafür setzen wir als FREIE WÄHLER uns schon seit Langem ein. Entlastungen müssen aber bezahlt werden und Teil eines durchdachten Gesamtkonzeptes sein. Leere Versprechen helfen niemandem. Auch der geforderte Bürokratieabbau ist richtig. Bürokratie belastet die Betriebe und beschäftigt sie jeden Tag. Bürokratie verschwindet aber nicht durch Parolen, sondern durch weniger Vorschriften und praxistaugliche Lösungen. Daran arbeiten wir FREIE WÄHLER schon lange. Die Bürokratie ist über lange Zeit aufgewachsen und kann nicht von heute auf morgen abgebaut werden. Bayern setzt sich seit Jahren für Änderungen der Grundsicherung ein. Mit dem Bürgergeld werden falsche Anreize gesetzt. Mehrarbeit hat sich oft kaum gelohnt. Deshalb wurde gegen-

gesteuert. Pflichten wurden wieder gestärkt, Regeln verschärft und Sonderregelungen beim Vermögen abgeschafft.

Unsere Haltung ist klar: Wer arbeiten kann, soll arbeiten dürfen und müssen. Dies hilft bei der Integration und entlastet unsere Kommunen. Aber auch an dieser Stelle gilt: Es gibt bereits Regeln und praktische Grenzen. Wer einfache Lösungen verspricht, sagt nicht die ganze Wahrheit. Wir stehen für einen schlanken Staat, für schnelle Abläufe und für weniger Papierkram. Der Staat muss funktionieren für die Bürgerinnen und Bürger und für unsere Wirtschaft.

Der Antrag spricht Themen an, die viele Menschen bewegen. Er beschreibt Missstände, bietet aber kaum umsetzbare Antworten. Wir FREIE WÄHLER gehen einen anderen Weg. Wir wollen mehr Leistung anerkennen, wir wollen entlasten, und wir wollen Bürokratie abbauen. Dieser Dringlichkeitsantrag bringt keinen Ansatz zur Kompensierung der Kosten, keine spürbare Verbesserung für Beschäftigte und Betriebe und ist in gar keiner Weise zielführend. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Abgeordneter Johannes Meier von der AfD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Johannes Meier (AfD): Am Ende haben Sie noch einmal bestätigt, dass Sie eigentlich für das Gleiche einstehen, wie es im Antrag gefordert ist – Bürokratieabbau, Senkung der Steuer- und Abgabenlast. Heute stand schon mehrfach der Vorwurf im Raum, dass es von unserer Seite keine Lösungen gebe. Ich habe eine Frage. Im Wirtschaftsausschuss haben wir einen Antrag eingebracht, junge Leistungsträger finanziell beim Führerschein zu unterstützen. Das wäre ein Doppelgewinn: Junge Leute hätten einen Anreiz, eine Ausbildung zu beginnen. Sie würden für eine gute Abschlussnote belohnt werden. Ausbildungsbetriebe und Azubis im ländlichen Raum würden gestärkt. Die FREIEN WÄHLER haben den Antrag jetzt abgelehnt. Warum wurde diese Lösung aus Ihrer Sicht abgelehnt?

Anton Rittel (FREIE WÄHLER): Weil ich das nicht richtig finde.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Für die SPD-Fraktion hat Herr Kollege Arif Taşdelen das Wort.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die AfD ist gegen den Mindestlohn, gegen Tariftreue und gegen Tarifverträge. Sie wollen die Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte abschaffen und Gewerkschaften schwächen. Sie sprechen sich in Ihrem Antrag auch für steuerliche Entlastungen aus. Ein Blick in das Wahlprogramm der AfD bringt Licht ins Dunkel. In Ihrem Wahlprogramm wollen Sie die Reichsten – das sind 1 % der Menschen – massiv entlasten, die mittleren und kleineren Einkommensgruppen – das sind 30 % der Menschen – nicht.

Ihre Fraktionsvorsitzende hat vor Weihnachten an dieser Stelle noch vom argentinischen Präsidenten geschwärmt, der mit der Kettensäge Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte niedermetzelt. Zum Glück hat ihn das höchste Arbeitsgericht in Argentinien vorläufig gestoppt. Mit dieser Nebelkerze – Sie nennen das Dringlichkeitsantrag – wollen Sie über Ihre arbeitnehmerfeindliche Politik hinwegtäuschen. Sie beleidigen mit Ihrer Politik die fleißigen Leistungsträgerinnen und Leistungsträger sowie alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir lehnen Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 19/9855 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 19/9856 mit 19/9858 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen.